



Anerkennung für Kieber-Ospelt Vorsteherkonferenz spendet 100 000 Franken an Caritas

VADUZ Marina Kieber-Ospelt war 29 Jahre als Vorstandsmitglied und Präsidentin bei der Caritas in Liechtenstein tätig. Jüngst hat sie das Amt an Rita Batliner übergeben. Nun hat die Vorsteherkonferenz - «in Anerkennung der langjährigen, verantwortungsvollen Tätigkeit» Kieber-Ospelts, wie es in der Pressemitteilung vom Freitag heisst, der Vorsteherkonferenz der Caritas eine Spende in Höhe von 100 000 Franken aus dem Katastrophenfond der Gemeinden zukommen lassen. Mit dieser Spende wird, so heisst es weiter, ein Projekt in Ostafrika unterstützt: «Dort herrscht seit Jahren infolge einer Dürrekatastrophe akute Hungersnot.»

(Text: red/pd; Foto: ZVG)

FORUMSBEITRÄGE

September-Landtag

Ja zur doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung

Knapp 25 Prozent der Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner besitzen neben dem Liechtensteiner Pass noch mindestens einen anderen. Jede Liechtensteinerin und jeder Liechtensteiner darf ihren/seinen Pass behalten, wenn sie/er sich aus welchen Gründen auch immer entscheidet, eine weitere Staatsbürgerschaft anzunehmen. Logisch! Liechtenstein verwehrt aber einbürgerungswilligen Personen nach 30-jährigem Wohnsitz, wobei die Jahre bis zum 20. Lebensjahr doppelt zählen, bei Eheschliessung nach 5 Jahren und bei Einbürgerung durch Gemeindeabstimmung das Recht, ihre angestammte Staatsbürgerschaft zu behalten. Das kann zu absurden Situationen führen: Eine Liechtensteinerin heiratet einen Schweizer. Sie leben in Liechtenstein. Sie zeugen zwei Kinder, die per Definition Doppelbürger sind. Die Ehefrau hat nach einiger Zeit, auch ohne Wohnsitz in der Schweiz, die Möglichkeit, ebenfalls Schweizerin zu werden. Will der Ehegatte nun nach 5 Jahren Liechtensteiner werden, weil er die Zukunft seiner Kinder an der Wahl- und Abstimmungsurne mitbestimmen will, dann muss er bei der Einbürgerung

seinen Schweizer Pass abgeben. Ausser dem Ehegatten, der ursprünglich Schweizer war, besitzt die ganze Familie zwei Pässe, nur der Vater ist ausschliesslich Liechtensteiner. Logisch? Fragwürdig ist weiter, warum Liechtenstein auf die Ressourcen der Personen verzichten will, die sich zwar gerne einbürgern lassen möchten, aber es nicht tun, weil sie ihre angestammte Staatsbürgerschaft behalten möchten. Diese Personen sind nachgewiesenermassen bestens integriert, sie arbeiten, sie zahlen Steuern, sie leisten ihren Beitrag für das Allgemeinwohl, sie sind Mütter und Väter von Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner. So richtig dabei sind sie aber dennoch nicht. Von einer Beteiligung am politischen Prozess sind sie ausgesperrt. Durch das Erlauben der doppelten Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung entsteht Liechtenstein und seiner Bürgerschaft kein Nachteil. Im Gegenteil. Liechtenstein würde diese bestens integrierten Personen stärker an sich binden und sie würden und müssten den Karren stärker mitziehen als bisher. Im September-Landtag wird entschieden, ob eine Landtagsmehrheit sich entschliesst, einen ersten Schritt in Richtung doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung zu gehen. Seien Sie live im Landtagsaal dabei, wenn dieser gesellschaftspolitisch wichtige Entscheid wahrscheinlich am Freitag, den 7.

September, in die Bahn geleitet wird. Die Freie Liste wird zeitnah über ihre Homepage und Facebook informieren. Was denken Sie über die doppelte Staatsbürgerschaft bei Einbürgerung? Diskutieren Sie am 25. September im Schloßlekkeller mit. Ihre Meinung ist uns wichtig.

Landtagsfraktion der Freien Liste

Gesundheitspolitik

Interpellation zum Gesundheitsstandort Liechtenstein eingereicht

Aus Sorge um die augenscheinliche Negativ-Spirale, in der sich die Gesundheitspolitik in Liechtenstein befindet, haben wir eine Interpellation mit 31 Fragen an die Regierung zum Thema «Volkswirtschaftliche Negativ-Entwicklung am Gesundheitsstandort Liechtenstein» erarbeitet und für den Oktober-Landtag eingereicht. Bei der vorliegenden Interpellation geht es, um dies vorweg zu nehmen, keineswegs um die Ziele und Anliegen der (ehemaligen) Medicnova-Ärzte. Es geht explizit um volkswirtschaftliche Fragen, die eine geforderte Gleichbehandlung von liechtensteinischen Betrieben gegenüber ausländischen Gesundheitsinstitutionen betreffen. Die bisherig von der Regierung verfolgte

Ungleichbehandlung - aufgezeigt am Beispiel der Medicnova - ist zum Nachteil der volkswirtschaftlichen Entwicklung im liechtensteinischen Gesundheitswesen und damit zum Nachteil eines stabilen, starken Gesundheitsstandortes in Liechtenstein.

In der Vergangenheit ist klar zu beobachten, dass die Regierung - namentlich der Finanz- und Gesundheitsminister - dem Erhalt und Ausbau des Gesundheitsstandortes ein markant ungenügendes Augenmerk zukommen lässt. Es liegen dem Landtag diesbezüglich wenige fundierte, aufklärende Informationen in Form von Daten, Zahlen und Fakten vor, um sich mit den volkswirtschaftlichen Aspekten verantwortungsvoll und tiefgründig auseinanderzusetzen zu können. Augenscheinlich wurde dies bei der Behandlung des Gesundheitsabkommens (Notenwechsel) mit der Schweiz im Dezember 2017. Die volkswirtschaftlichen Interessen Liechtensteins waren nicht abgebildet: das Gesundheitsabkommen gestaltete sich einseitig pro Eidgenossenschaft und nachweislich zum Nachteil für Liechtenstein. Ein weiteres Beispiel der Ungleichbehandlung in den vertraglichen Bedingungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz stellen die Verhandlungen der «neuen Quellenbesteuerungs-Praxis» dar: Rund 100 betroffene Liechtensteiner/-innen müssen seit dem 1. 1. 2018 aufgrund

schlechter und ungenügender DBA-Verhandlungen der Regierung mit der Schweiz/dem Kt. St. Gallen massive Nachteile hinnehmen.

Dass im Gesundheitswesen ein enorm hoher Anteil an Prämien- und Steuergeldern einseitig von Liechtenstein ins Ausland - und hier insbesondere in die benachbarte Schweiz - fliesst, hat uns im Juni-Landtag veranlasst, die Regierung mittels einer Interpellation aufzufordern, Transparenz in die Geldflüsse im Gesundheitswesen zu bringen. Mutmasslich fließen im Gesundheitswesen jährlich rund 100 Millionen Franken in die Schweiz und lediglich marginale 8 bis 10 Millionen Franken umgekehrt von der Schweiz nach Liechtenstein.

Die Negativ-Strategie der Regierung hat der Gemeindevorsteher aus Gamprin-Bendern, Donath Oehri, im «Volksblatt» vom 25. August 2018 sehr treffend auf den Punkt gebracht. Zitat: «In der jüngeren Vergangenheit hat von der offiziellen Landespolitik im Sinne einer unsäglichen Neiddebatte ein unvergleichliches Bashing stattgefunden; die Medicnova wurde wohl willentlich zu Tode geritten. Schade vor allem für das Land Liechtenstein.»

Johannes Kaiser,
Landtagsabgeordneter (parteilos)

Herbert Elkuch, Landtagsabgeordneter (Neue Fraktion)

Es begann vor genau 30 Jahren: Im entlegenen Bündner Hochtal Madris, hart an der Grenze zum italienischen Bergell, brannte ein Höhenfeuer als widerständischer Hilferuf. Zusammen mit einer Handvoll beherzter Einheimischer und Zugewanderter wehrte ich mich als Alphirt mit meiner Familie gegen ein Pumpspeicher-Stauseeprojekt, wie sie damals gleich im Dutzend quer über den Schweizer Alpenraum geplant waren. Auch der ungezügelte Ausbau der alpinen Transitautobahnen, die Abwertung der Berglandwirtschaft, das Aufkommen von Schneekanonen und immer mehr Skigebieten beschäftigten uns Umweltbewegte.

Die Feuer waren das verbindende Element von Themen, Regionen und Menschen. Wir stellten uns vor, diese Lichterkette in einem nächtlichen Adlerflug von Wien bis Nizza zu erleben.

Nationalismus erzeugt letztlich nur Verlierer

Die Verbreitung der Nachhaltigkeit als grundlegendes Entwicklungskonzept gibt den ungezählten Vorkämpferinnen und Vorkämpfern recht. Nicht zuletzt jenen, die seit den 1950er-Jahren unermüdlich die Idee eines alpenweiten Schutzvertrages verfochten. 1994 wurde er Realität. Seitdem setzt die Alpen-

Gastkommentar

Füreinander brennen statt gegeneinander zündeln



Klimakrise und Nationalismus seien die beiden grössten Bedrohungen unserer Zeit, meint Kaspar Schuler, seit Juni neuer Geschäftsführer von Cipra International mit Sitz in Schaan, anlässlich des 30. Jubiläums von «Feuer in den Alpen». Seine in diesem Gastbeitrag veröffentlichten Gedanken wurden im Rahmen des Cipra-Newsletters «alpMedia» erstveröffentlicht, auf Einladung des «Volksblatts» hat er den Beitrag nun um Liechtenstein-Aspekte ergänzt.

KASPAR SCHULER

konvention den politischen Rahmen für volkswirtschaftliche Entwicklung in Übereinstimmung mit ökologischer Achtsamkeit. Doch die Arbeit ist nicht getan. Die Klimakrise beutelt den Alpenraum. Und ein altbekanntes Gift pocht in den Adern vieler Alpenbewohnerinnen und Alpenbewohnern: der Nationalismus. Die Klimaveränderung zeigte diesen Sommer mit der gravierenden Trockenheit im deutschsprachigen Alpenraum ihre Zähne und führte manchenorts gar zu einem generellen Feuerverbot. Statt einem Feuer

in den Alpen faszinierte folglich eine künstlerische Lichtakrobatik die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung zum 30-Jahr-Jubiläum im Pizolgebiet, von Alpeninitiative, Mountain Wilderness und Cipra organisiert. Der Nationalismus feiert eine düstere Rückkehr, indem er billige Rezepte zur Lösung politischer Probleme verspricht, obwohl er nur eines erzeugt: Verlierer. Mein Sommerurlaub an der türkisblauen Soča in Slowenien erinnerte mich wieder daran. Einerseits faszinierten mich dort die Begegnungen mit der Herz-

lichkeit der Menschen in den Julischen Alpen über Sprach- und Landesgrenzen hinweg. Andererseits zeigen sich an den Berghängen und in den Dörfern die Narben der Isonzo-Front und wecken die grauenvolle Erinnerung an den Ersten Weltkrieg. Im Namen nationalistischer Ideale zerfleischten sich damals zwei Jahre lang gegenseitig die Soldaten der Slowenen, Österreicher, Ungarn, Deutschen und Italiener auf Bergkämmen und in den Tälern, ungefähr 200 000 Menschen kamen ums Leben.

Wenn der Berg kommt, sind wir existenziell gefährdet

Seit Kurzem in Liechtenstein an der Arbeit, bleibt mein Blick immer wieder an den Schrofen der Gafleispitze hängen. Wir sind hier nicht nur nah ans Wasser gebaut und wissen aus der Vergangenheit, wie der Alpenrhein auch toben und tosen kann. Wir lehnen uns auch an mächtige Berge. Wenn die Runsen ihr seit Jahrzehnten angelagertes Geschiebe von sich geben, wenn der Berg buchstäblich kommt, dann sind wir existenziell gefährdet. Genau das droht mit der Klimakrise, die ja nicht einfach etwas höhere Durchschnittstemperaturen mit sich bringt. Sie bringt vermehrte «Starkwetterereignisse», wie die Wissenschaft Stürme und Muren, Hochwasser und Überschwemmungen et-

was kryptisch zusammenfasst. Wiederholte Trockenheit schwächt auch die Liechtensteiner Bannwälder, die uns schützen.

Es liegt also wiederum an uns, den Alpenbewohnern von heute, beiden Bedrohungen die Stirn zu bieten: Dem Nationalismus und der Klimakrise. Mit Taten der Innovation und Bescheidenheit, mit Offenheit und Menschlichkeit, gipfel- und grenzüberschreitend verbunden. Das hat mit Voraussicht und Mut zu geschehen, da heutige Vorhaben erst in 10 und 30 Jahren ihre volle Wirkung entfalten. Doch heute beschlossen und ab morgen umgesetzt werden müssen.

Damit die Feuer in den Alpen nicht als Verheerung durch Kriege oder Waldbrände brennen, sondern füreinander, in unseren Herzen.

Über den Verfasser

Schuler, Jahrgang 1958, seit 11. Juni neuer Geschäftsführer von Cipra International in Schaan, wohnt mit seiner zweiten Familie in Malans, ist Vater von insgesamt vier Kindern. Er war die vergangenen Jahrzehnte als Senn und Alphirt, Freier Journalist, Geschäftsleiter des Bündner Umweltdachverbandes, Greenpeace Schweiz und in der Entwicklungszusammenarbeit in den rumänischen Karpaten und als Organisationsentwickler mit eigener Firma tätig.

Das «Volksblatt» gibt Gastkommentatoren Raum, ihre persönliche Meinung zu äussern. Diese muss nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.